



Sozialausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 19. Februar 2021
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 67. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 18. Februar 2021, 12:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 12:05 Uhr

1. **Aktueller Sachstand zur Ausbreitung des Coronavirus**

Bericht des Ministers für Soziales, Gesundheit, Familien, Jugend und Senioren
hierzu: [Umdruck 19/5354](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Gesundheitsministers zum aktuellen Sachstand zur Ausbreitung des Coronavirus entgegen. Es schloss sich eine ausführliche Diskussion an.

2. **Bericht der Landesregierung über die Lieferung und Verteilung fehlerhafter KN95-Masken in Schleswig-Holstein durch das Bundesgesundheitsministerium**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)
[Umdruck 19/5353](#)

Sodann ließ sich der Ausschuss von der Landesregierung über die Lieferung und Verteilung fehlerhafter KN95-Masken durch das Bundesgesundheitsministerium in Schleswig-Holstein berichten.

3. **Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Beschlusses „Für Schleswig-Holstein - In der Krise halten wir zusammen!“ ([Drucksache 19/2492](#)) in Bezug auf die Einrichtung des Fonds für Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)
[Umdruck 19/5353](#)

Einen weiteren Bericht erstattete die Landesregierung auf Antrag der Abg. Pauls zur Umsetzung des Beschlusses „Für Schleswig-Holstein - In der Krise halten wir zusammen!“ in Bezug auf die Einrichtung des Fonds für Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur.

4. Bericht der Landesregierung zur aktuellen Entwicklung der Infektionslage (insbesondere im Hinblick auf die Ausbreitung der „Mutante“) im Raum Flensburg sowie zur daraus resultierenden Belastungssituation der Flensburger Krankenhäuser

Antrag des Abg. Christian Dirschauer (SSW)
[Umdruck 19/5369](#)

Den Bericht zur aktuellen Entwicklung der Infektionslage (insbesondere im Hinblick auf die Ausbreitung der „Mutante“) in Flensburgerstättete der Gesundheitsminister im Rahmen des Tagesordnungspunktes 1.

5. Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1756](#)

Der Ausschuss kam überein, die für das erste Quartal ins Auge gefasste mündliche Anhörung zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/1756](#), in das zweite Quartal 2021 zu schieben.

6. Situation von Pflegefamilien in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/2542](#)

Der Ausschuss beschloss, zum Bericht der Landesregierung eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis zum 4. März 2021 zu benennen.

7. Kliniken und Intensivstationen nachhaltig stärken

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/2730](#)

Der Ausschuss beschloss, zum Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kliniken und Intensivstationen nachhaltig stärken, [Drucksache 19/2730](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dabei auch den Antrag der Koalitionsfraktionen, [Drucksache 19/2715](#), einzubeziehen. Die Fraktionen wurden gebeten, ebenfalls bis zum 4. März 2021 gegenüber dem Geschäftsführer Anzuhörende zu benennen.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein (Landesbehindertengleichstellungsgesetz - LBGG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2680](#)

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein, [Drucksache 19/2680](#), beschloss der Ausschuss ebenfalls, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen sind abermals gebeten, bis zum 4. März 2021 Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer zu benennen.

9. Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Effektivität der Pandemie-Maßnahmen sicherstellen

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/2720](#)

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD.

10. Mietenmoratorium wieder in Kraft setzen! Mieter*innen in der Corona-Krise nicht im Stich lassen!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2620](#)

Zum Antrag der Fraktion der SPD betreffend Mietenmoratorium wieder in Kraft setzen! Mieter*innen in der Corona-Krise nicht im Stich lassen!, [Drucksache 19/2620](#), schloss sich der Ausschuss einstimmig dem noch abzugebenden Votum des Innen- und Rechtsausschusses an und seine Beratungen damit ab.

11. Transparenz, Nachvollziehbarkeit und norddeutsche Gemeinsamkeit bei den Corona-Maßnahmen für die kommenden Monate sicherstellen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2763](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und des Abgeordneten des SSW den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2763](#), zur Ablehnung.

12. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Thomas Wagner